

1 **Antrag des Parteivorstandes an den 19. Parteitag der DKP**

2

3 **Politikwechsel erkämpfen!**  
4 **(ein aktionsorientiertes Forderungsprogramm)**

5 Im Parteiprogramm der DKP haben wir hervorgehoben, dass der Weg, antimonopolisti-  
6 sche Forderungen durchzusetzen, antikapitalistische Positionen mehrheitsfähig und  
7 durchsetzungsfähig zu gestalten, nicht einfach und geradlinig ist, sondern einen langen  
8 Arbeits- und Kampfprozess erfordert. Dazu brauchen wir die Mitarbeit aller.

9 Aktionseinheits- und Bündnispolitik, die Schaffung von gesellschaftlichen Allianzen ver-  
10 langt von uns die kreative politische Anwendung der Erkenntnisse des wissenschaftli-  
11 chen Sozialismus, die Fähigkeit des Zuhörens und das Auseinandersetzen mit anderen  
12 Positionen, aber auch die Fähigkeit von anderen zu lernen.

13 Zum Profil der DKP gehört es, sowohl die eigenen Positionen zu stärken und eigene  
14 Aktivitäten weiterzuentwickeln, als hierbei auch die Zusammenarbeit und Bündnisse mit  
15 anderen linken und demokratischen Kräften zu suchen. Dabei stellen wir das Einigende  
16 in den Vordergrund. Das, was uns unterscheidet, diskutieren wir in solidarischer Form.  
17 Das gegenseitige Respektieren der Identität der an einem Bündnis Beteiligten ist Vor-  
18 aussetzung für die Herausbildung eines solidarischen Klimas, in dem sich eine länger-  
19 fristige Zusammenarbeit, gemeinsame Erfahrungen und die produktive Diskussion und  
20 Einigung auch auf weiterführende gemeinsame Ziele entwickeln können. Im Parteipro-  
21 gramme der DKP haben wir unter dem Abschnitt V, die Kräfte des Widerstandes und des  
22 Fortschritts, unsere Position dazu festgelegt.

23 Welche politischen Ebenen und Aufgaben können wir vorrangig bearbeiten? Bei dieser  
24 Festlegung gehen wir von einer realistischen Einschätzung unserer Möglichkeiten und  
25 Kräfte aus. Ziel ist es, einen wirkungsvollen Beitrag zum notwendigen Politikwechsel zu  
26 leisten.

27

28 ***Betriebe und Verwaltungen***

29 Überall, wo es möglich ist, konzentrieren wir uns auf eine aktive politische Tätigkeit in  
30 und um Betriebe bzw. Verwaltungen.

31 Dabei geht es uns in erster Linie darum, mit Kolleginnen und Kollegen, mit Interessen-  
32 vertretern und -vertretungen politische Forderungen und Inhalte zu entwickeln, die dazu  
33 beitragen, dass in notwendigen Kämpfen um den Erhalt von Standorten und Arbeitsplät-  
34 zen, um soziale Rechte und Leistungen möglichst viele Kolleginnen und Kollegen be-  
35 wusst aktiv werden.

36 Auch durch konzentrierte Verteilung der Materialien der DKP (Kleinzeitungen, Flugblät-  
37 ter, UZ-Extra) werben wir immer wieder für unsere politischen Sichtweisen.

38 Dort, wo es möglich ist, entwickeln wir um Konzerne und Großbetriebe herum Struktu-  
39 ren, um ein politisch-ideologisches Bildungsangebot zu schaffen mit dem Ziel, marxisti-  
40 sches Grundwissen zu vermitteln.

41 Gemeinsam mit antikapitalistisch orientierten Kolleginnen und Kollegen entwickeln wir  
42 betriebliche Forderungsprogramme, die die konkrete Interessenvertretung zusammen-

43 binden mit Vorstellungen über eine Perspektive, in der Forderungen der Kolleginnen  
44 und Kollegen kurz-, mittel- und langfristig unterstützt werden.

45 Wir diskutieren vor allem auf der bezirklichen Ebene der DKP über die Möglichkeiten  
46 zur verstärkten Unterstützung von Betriebsgruppen bzw. zur Schaffung von Betriebsak-  
47 tivism um Betriebe bzw. Verwaltungen herum.

48 Diese Tätigkeit ist eine große Herausforderung für alle DKP-Gliederungen. In einem  
49 Diskussions- und Arbeitsprozess müssen wir konkrete Festlegungen treffen, die uns  
50 helfen, den Kontakt zu wichtigen Betriebsbelegschaften bzw. Belegschaften von Verwal-  
51 tungen zu stärken.

52

### 53 ***Kommune – Stadtteile – Kreise – Bundesländer***

54 Für jede DKP-Gruppe, die in Kommunen und Stadtteilen wirkt, geht es darum, die Tätig-  
55 keit darauf zu konzentrieren die reale Lage vor Ort zu analysieren und daraus Schluss-  
56 folgerungen für konkrete politische Aufgaben und Projekte abzuleiten. Vor Ort, in der  
57 Kommune und im Stadtteil zu wirken, kann einerseits bedeuten, sich aktiv an der kom-  
58 munalen Selbstverwaltung – auch durch Kandidaturen und Mandate – zu beteiligen,  
59 andererseits wichtige Forderungen zu initiieren und vor Ort am Kampf um deren Durch-  
60 setzung (mit)zuwirken. Dabei gilt es, die Arbeitsfelder, die für die Tätigkeit der DKP be-  
61 schrieben sind, auf die Kommune bzw. den Stadtteil zu beziehen und in konkrete politi-  
62 sche Aktionen umzusetzen.

63 Die kommunale Daseinsvorsorge gehört im Interesse der Beschäftigten und der Bevöl-  
64 kerungsmehrheit in öffentliches Eigentum. Mit dem Kampf um den Ausbau der demokra-  
65 tischen Kontrolle werden auch die sozialen Rechte insbesondere der von Armut betrof-  
66 fenen Bevölkerungsteile verteidigt.

67 Um die Kommunen vom Druck zur Privatisierung zu entlasten ist deren Entschuldung  
68 notwendig. Dazu müssen die Schulden bei den Privatbanken gestrichen werden sowie  
69 eine Steuerreform erfolgen, die eine gesicherte materielle Grundlage für die Selbstver-  
70 waltung in Städten und Gemeinden schafft.

71 Ergebnisse der kommunalpolitischen Beratungen der DKP, die Erfahrungen aus den  
72 Kommunen, in denen Kommunistinnen und Kommunisten in Parlamenten tätig sind, gilt  
73 es zu nutzen, um auch in anderen Orten und Stadtteilen entsprechend politisch wirksam  
74 und aktiv zu werden. Wo es uns entsprechend unseren Kräften und politischen Voraus-  
75 setzungen möglich ist, sollten wir ebenfalls in Kreis-, Bezirks- und Landesstrukturen tätig  
76 werden. Eine entsprechende Organisationsstruktur der DKP erfüllt nur dann ihren  
77 Zweck, wenn sie neben der notwendigen Koordinierung der Tätigkeit von Gruppen auch  
78 politische Forderungen bzw. Bewegungen initiiert, die für diese Ebene dann auch ent-  
79 sprechende politische Aktivitäten ermöglicht.

80 In der DKP müssen wir unsere Organisationsstrukturen überprüfen, inwieweit sie auf  
81 Landes- bzw. Bezirksebene den politischen Anforderungen entsprechen. Das heißt, wir  
82 müssen mindestens sichern, dass auf der Ebene der Bundesländer oder Regionen in  
83 den Bundesländern politisch analytisch gearbeitet wird.

84 In einer Übergangssituation ist es auch möglich, sich zeitweilig auf eine rein koordinie-  
85 rende Tätigkeit der Grundorganisationen im Bundesland oder in der Region zu konzent-

86 rieren. Dann müssen allerdings Wege gesucht werden, um die Politikfähigkeit im Land  
87 bzw. in der Region wieder herzustellen.

88

89 ***Auf welche Formen und Strukturen der Zusammenarbeit mit anderen demokrati-***  
90 ***schen Kräften orientieren wir?***

91 In der Tätigkeit in Betrieben und Verwaltungen ist eine aktive Mitarbeit aller Kommunis-  
92 tinnen und Kommunisten in den jeweiligen Branchengewerkschaften des Deutschen  
93 Gewerkschaftsbundes notwendig. Um die politischen Wirkungsmöglichkeiten zu erwei-  
94 tern, streben wir eine aktive Mitarbeit in gewerkschaftlichen Gremien und in der betrieb-  
95 lichen Interessenvertretung an. Unser Ziel ist es, unterschiedlich orientierte Kolleginnen  
96 und Kollegen zu motivieren, sie für gemeinsam ausdiskutierte politische Ziele und For-  
97 derungen zu gewinnen. Ausdrücklich unterstützen wir das Prinzip Einheitsgewerkschaft  
98 auch gegen die nach wie vor anhaltenden Tendenzen zu einer sozialdemokratischen  
99 Richtungsgewerkschaft. Wir setzen uns für die einheitliche betriebliche Interessenvertre-  
100 tung ein, die auf einer demokratisch erarbeiteten Grundlage wirkt.

101 Um den großen Herausforderungen im Kampf für den Erhalt sozialer Rechte und Leis-  
102 tungen wirksam zu entsprechen, ist es zwingend, breite Bündnisse zu schaffen, ohne  
103 jedwede Ausgrenzung. (Es versteht sich, dass Faschisten und Reaktionäre bekämpft  
104 werden müssen.) Die sozialen Bewegungen vor Ort könnten wesentlich wirkungsvoller  
105 sein, wenn es gelänge, Kräfte zu bündeln und Sozialforen oder ähnliche Strukturen zu  
106 schaffen. DKP-Mitglieder werden dazu initiativ. Sie wirken gleichberechtigt und solida-  
107 risch in Bündnissen.

108 Eine starke Bewegung im Bund setzt das Wachsen der Bewegung von unten aus Be-  
109 trieben, Verwaltungen, Kommunen, Stadtteile, Kreisen, Bundesländern voraus. Umge-  
110 kehrt können auch Bewegungen auf zentraler Ebene initiierende Wirkung für örtliche  
111 und kommunale Bündnisse haben.

112

113 ***Was sind konkrete Möglichkeiten, ausgehend von der***  
114 ***politischen Chance, die DKP und UZ zu stärken?***

115 Wie im Programm der DKP festgelegt, in weiteren konkreten Forderungsprogrammen, z.  
116 B. zu den Wahlen, und in Parteivorstandstagungen diskutiert und beschlossen, konzent-  
117 rieren wir die Tätigkeit auf die Politikfelder:

- 118 • Kampf für Frieden,
- 119 • Kampf für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Interessen der Arbeiterklasse  
120 entspricht und einen ökologischen Umbau sichert,
- 121 • Kampf für Demokratie – zunächst vor allem gegen jeden Versuch, Verhältnisse reak-  
122 tionär zu verändern –, gegen jede Form von Rassismus, Diskriminierung und Neo-  
123 nazismus,
- 124 • Kampf für die Rechte der Frauen, um endlich Gleichberechtigung durchzusetzen,
- 125 • Kampf für die Sicherung der Zukunftsinteressen der Jugend.

126 Die Aufgabe der Gliederungen der DKP ist es, entsprechend der vorhandenen Möglich-

127 keiten, vor allem der realen Kraft, festzulegen, welche politischen Schwerpunkte aus  
128 den Gesamtaufgabenstellungen der Partei sich für die konkrete Tätigkeit ergeben.

129 Um diese Aufgabe leisten zu können, bemühen wir uns mit möglichst allen Genossinnen  
130 und Genossen, das Parteiprogramm, die Ergebnisse von Parteivorstandstagungen und  
131 anderer wichtiger Tagungen zu diskutieren und daraus kreativ die politische Tätigkeit zu  
132 entwickeln. Nur so kann sich innerparteiliche Demokratie entwickeln, können wir besse-  
133 re Ergebnisse in der Umsetzung der Politik als bisher erreichen und sind in der Lage,  
134 Korrekturen vorzunehmen bzw. politische Veränderungen nach einem Diskussionspro-  
135 zess zu beschließen.

136 Einige Eckpunkte zur Erreichung des Ziels:

- 137 • Die zentral beschlossenen Bildungsthemen sollten in jeder Grundorganisation umge-  
138 setzt werden. Ziel sollte es sein, sich mindestens einmal in zwei Monaten mit einem  
139 Bildungsthema zu beschäftigen.
- 140 • Das Lesen der UZ, Diskussionen in der Gruppe zu Artikeln in der UZ und in den  
141 Marxistischen Blättern, sollen zum ständigen Bestandteil der Tätigkeit jeder Grund-  
142 organisation gehören.
- 143 • Die Auswertung der Parteivorstandstagungen bzw. Tagungen auf anderen Ebenen  
144 ist Voraussetzung, um die Politikfähigkeit auf allen Ebenen zu erhöhen.
- 145 • Die Werbewirksamkeit für die Mitgliedschaft in der DKP und für das Abonnement der  
146 UZ ergibt sich aus der Attraktivität der Politik und dem realen Wirken für die Durch-  
147 setzung von politischen Zielen vor Ort. Gesamtziel der Partei sollte es sein, in den  
148 nächsten zwei Jahren zwischen dem 19. und 20. Parteitag die Mitgliederzahl zu sta-  
149 bilisieren – das erfordert auch die Gewinnung vor allem von jungen Menschen für die  
150 Mitgliedschaft – und den Rückgang der Abozahlen der UZ zu stoppen.

151 Diese Zielsetzung ist nur umsetzbar, wenn sie in den Gruppen als konkrete Aufgaben-  
152 stellung diskutiert und beschlossen wird.

153 Jede Grundorganisation sollte überprüfen, wie eine möglichst regelmäßige Öffentlich-  
154 keitsarbeit zu gewährleisten ist. Das gilt sowohl für die Verteilung von zentralen Materia-  
155 lien als auch für die Erstellung von eigenen Materialien sowie die Beteiligung an öffentli-  
156 chen Debatten in den Medien und die öffentlichkeitswirksame Darstellung unserer Posi-  
157 tionen. Nach wie vor verfügen wir vor allem mit den Kleinzeitungen über ein wirksames  
158 politisches Mittel, unsere Sichtweisen darzustellen.

- 159 • Die Tätigkeit der DKP bedarf einer stärkeren organisierenden Methodik. Dazu sind  
160 Arbeitspläne notwendig. Die Durchsetzung des Delegationsprinzips ist erforderlich.  
161 Die Sicherung der Karl-Liebknecht- Schule verlangt, dass alle Gliederungen der DKP  
162 dadurch Lehrgänge absichern, dass sie gezielt Genossinnen und Genossen delegie-  
163 ren. Wir benötigen eine Kassierung, die die Voraussetzung schafft, dass ein kleiner  
164 hauptamtlicher Apparat gesichert werden kann, damit die politischen Aufgaben, auch  
165 die finanzielle Unterstützung der UZ, abgesichert werden können. Die Erfahrungen  
166 mit dem Einzug von Beiträgen z. B. in der Bezirksorganisation Schleswig-Holstein,  
167 sind zu prüfen. Daraus sind Schlussfolgerungen zu ziehen zur finanziellen Absiche-  
168 rung der Tätigkeit der Partei. Die organisierende Tätigkeit für eine kollektive Erarbei-  
169 tung von Politik ist Voraussetzung um Erfolge zu erreichen.

170 Die letzten 25 Jahre der Entwicklung der DKP wurden auch immer wieder durch inner-  
171 parteiliche Auseinandersetzungen bis hin zu innerparteilichen Kämpfen geprägt. Jetzt  
172 benötigen wir neue Impulse für die Entwicklung von mehr innerparteilicher Solidarität –  
173 auch um politisch unterschiedliche Sichtweisen konstruktiv zu überwinden. Innerparteiliche  
174 Konfrontation schwächt die DKP.

175 Es gibt nur den Weg, den politischen Meinungs austausch zu verstärken, gegensätzliche  
176 Positionen deutlich zu machen und nach einem Prozess der Diskussion dann auch zu  
177 Entscheidungen zu kommen, die gemeinsam umgesetzt werden. Fundament für eine  
178 stärkere innerparteiliche Solidarität sind die politischen Grundlagen des Programms der  
179 DKP und des Statuts. Innerparteiliche Demokratie verlangt auch, die Fähigkeit, neue  
180 Entwicklungen zu erkennen, darzustellen, zu diskutieren, Korrekturen vorzunehmen,  
181 notwendige Kritik und Selbstkritik zu berücksichtigen.

182 Die Wirksamkeit der DKP, ihre Ausstrahlung entwickelt sich in dem Maße, wie neben  
183 einer wachsenden politischen Attraktivität auch die Gemeinschaft der Kommunistinnen  
184 und Kommunisten und auf allen Ebenen attraktiv wird für eine Mitarbeit bzw. dann auch  
185 für die Mitgliedschaft.

186 Die Tätigkeit der DKP muss planmäßig entwickelt werden, wenn sie erfolgreich sein soll:

187 Das heißt, wir benötigen auf allen Ebenen der DKP demokratische Meinungsbildungs-  
188 und Entscheidungsprozesse, die dann zu Arbeitsplänen, Arbeitsvorhaben führen, die wir  
189 kollektiv umsetzen, während wir gleichzeitig die Fähigkeit bewahren müssen, kritisch zu  
190 überprüfen z. B., ob und wo Reserven sind, oder ob Fehler begangen wurden, oder welche  
191 Erfahrungen wir nach Erfolgen verallgemeinern können.

192 Es gibt zu viele Beschlüsse, die unsere berechtigten Wünsche dokumentieren. Es ist  
193 wenig nachprüfbar, ob durch zielgerichtete politische und organisatorische Tätigkeit  
194 auch der gewünschte Erfolg erreicht wurde. Offensichtlich geht es hier wieder um „das  
195 Problem“, die Einheit von Politik und Organisation unter den konkreten Bedingungen zu  
196 erarbeiten. Ausgehend von den positiven Erfahrungen vergangener Pressefesten sollten  
197 wir im Juni 2011 erneut ein Pressefest durchführen. Dies sollten wir begreifen als Her-  
198 ausforderung, politisch organisatorisch das Fest so vorzubereiten, dass die Gewinnung  
199 von neuen UZ-Abonnenten und von Mitgliedern der DKP eine nennenswerte Stärkung  
200 der Partei ermöglicht.

201

202



203 Seit der Beschlussfassung unseres Parteiprogramms am 8. April 2006 haben Entwick-  
204 lungen hin zu einer umfassenden Krise des neoliberalen Kapitalismus stattgefunden.  
205 Die Auswirkungen treffen mit voller Wucht einen Großteil der Bevölkerung:

- 206 • Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben, betrifft mehrere  
207 Millionen Menschen direkt;
- 208 • 1/3 aller Beschäftigten ist nicht mehr in normalen Arbeitsverhältnissen sondern ger-  
209 ringfügig, befristet, in Zeitarbeit beschäftigt usw.;
- 210 • 10 000 der Unternehmensinsolvenzen vernichteten alleine 2009 über 500 000 Ar-  
211beitsplätze;
- 212 • 2/3 aller Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten wollen Stellen abbauen.

- 213 • Allein 2009 fehlen den Haushalten von Bund, Ländern und den Gemeinden 45 Milli-  
214 arden Euro.
- 215 • Bis 2012 addieren sich die Steuerausfälle auf 316 Milliarden Euro. 2009 muss der  
216 Bund 47,6 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen.
- 217 • Die Staatsverschuldung steigt auf über 1,7 Billionen Euro, die öffentlichen Haushalte  
218 müssen 67 Milliarden Euro allein für Zinszahlungen aufbringen.
- 219 • Der Abbau der Sozialsysteme wird beschleunigt fortgesetzt. Die Lebensverhältnisse  
220 verschlechtern sich zunehmend.

221 Angesichts der sich entwickelnden Krise und der zunehmend spürbaren Folgen besteht  
222 die akute Gefahr einer weiteren Rechtsentwicklung. Vertreter des Kapitals und der Par-  
223 teien CDU/CSU, FDP, aber auch die SPD und die Grünen orientieren auf Lösungen für  
224 die entstandenen Probleme, die allesamt die politische Achse nach rechts verschieben.  
225 Dazu gehören:

- 226 • Fortsetzung und Eskalation der Kriegspolitik,  
227 • sozialreaktionärer Umbau zu Lasten der Beschäftigten und Erwerbslosen.
- 228 • weiterer Abbau bürgerlicher Demokratie, Ausbau des Überwachungsstaates, um mit  
229 restriktiven Methoden dieses kapitalistische System zu verteidigen.
- 230 • Durch viele Entscheidungen werden reaktionäre, ausländerfeindliche und pro-  
231 faschistische Positionen „gesellschaftsfähig“ gemacht.
- 232 • Die Vernichtung von Naturressourcen hat Vorrang vor jedweder ökologischen not-  
233 wendigen Neuausrichtung.

234 In dieser Situation kommt es vor allem darauf an, die Rechtsentwicklung zu stoppen,  
235 einen Abwehrkampf zu organisieren, der das Ziel hat weitere reaktionäre Veränderun-  
236 gen zu verhindern und zugleich eine Kräfteentwicklung ermöglicht, um für demokrati-  
237 sche Alternativen und Perspektiven erfolgreich kämpfen zu können!

238

### 239 ***Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung*** 240 ***verhindern!***

241 Das erfordert:

242 Soziale Leistungen und Rechte wiederherzustellen. Arbeitsplätze und Standorte zu er-  
243 halten. Das Grundgesetz verteidigen bzw. darin enthaltene Grundrechte wiederherzu-  
244 stellen. Die Bundesrepublik muss ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat werden.

245 Dazu gehört:

- 246 • Wirksamer Kündigungsschutz, Verbot von Massenentlassungen.
- 247 • Erweiterte Mitbestimmung der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften. Belegschaften  
248 müssen ein Vetorecht gegen Betriebsverlagerungen und Mitentscheidungsrechte  
249 bei der Planung von Investitionen erhalten.
- 250 • Gewährt die öffentliche Hand Betrieben Beihilfen, so muss sie zusammen mit Ge-  
251 werkschaften und Belegschaften auch Einfluss auf deren Investitionen nehmen.

- 252 • Demokratisierung aller politischen und gesellschaftlichen Bereiche. Demokratie be-  
253 ginnt am Arbeitsplatz und im Betrieb.
- 254 • Durchsetzung der gesetzlichen 35-Stundenwoche.
- 255 • Ziel ist, die Arbeitszeit für alle Arbeitsverhältnisse bei vollem Lohn- und Personalaus-  
256 gleich auf 30 Stunden zu kürzen.
- 257 • Löhne, Gehälter, Ausbildungsvergütungen, Renten, soziale Leistungen sowie auch  
258 das Kindergeld müssen mindestens in einer solchen Höhe gezahlt werden, dass die  
259 Betroffenen und ihre Familien nicht in Armut leben müssen. Höhere Löhne, Renten,  
260 Ausbildungsvergütungen schaffen mehr Nachfrage, sichern und schaffen Arbeits-  
261 plätze. Mindestlohn von 10 Euro. Kindergeld darf nicht als Einkommen angerechnet  
262 werden.
- 263 • Ein-Euro-Jobs müssen in Normalarbeitsverhältnisse umgewandelt werden.
- 264 • Harz IV muss weg!
- 265 • Wir fordern: Überführung der Großbanken und Großkonzerne in öffentliches Eigen-  
266 tum bei demokratischer Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften, durch die  
267 Bevölkerung und demokratische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.
- 268
- 269 ***Keine Privatisierung der Gesundheits- und***  
270 ***Altersvorsorge!***
- 271 • Rücknahme der „Rente mit 67“. Begrenzung des Rentenalters auf 60 Jahre.
- 272 • Um die Altersarmut zu verhindern fordern wir eine Rentenerhöhung für sozial  
273 Schwache und eine Mindestrente, die den Betroffenen ein armutsicheres Auskom-  
274 men ermöglicht.
- 275 • Rücknahme der Kürzungen in allen Sozialversicherungssystemen.
- 276 • Ausbau von Leistungen und erworbenen Rechten, die Behandlung von Krankheiten  
277 darf nicht vom Einkommen der Betroffenen abhängen.
- 278 • Wir fordern umlagefinanzierte statt kapitalgedeckte Versicherungen.
- 279 • Abschaffung von Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen. Einbezie-  
280 hung aller Erwerbstätigen in die Beitragspflicht zur Sozialversicherung.
- 281 • Die volle paritätische Finanzierung für die gesetzlichen Sozialversicherungen ist so-  
282 fort wiederherzustellen.
- 283 • Stopp des Umbaus und der Privatisierung des Gesundheitswesens im Interesse von  
284 Pharmakonzernen, privaten Krankenhausgesellschaften und privaten Ärzteverbän-  
285 den. Die öffentlich rechtliche Struktur des ambulanten und stationären Gesundheits-  
286 wesens muss wiederhergestellt, bzw. erhalten und ausgebaut werden. Alle privaten  
287 Zuzahlungen (Praxisgebühren, Krankenhaustagegeld, Beteiligung an den Medika-  
288 mentenkosten etc.) sind rückgängig zu machen.
- 289
- 290

291 ***Streichung der Verschuldung der***  
292 ***öffentlichen Haushalte!***

- 293 • Keine Abwälzung der Krisenlasten auf die kommunalen und Länderhaushalte. Die  
294 öffentliche Verschuldung muss abgebaut werden, die Reichen müssen zahlen!
- 295 • Wir fordern zudem ein sofortige Entschuldung der öffentlichen Haushalte und die  
296 Nutzung der bisherigen Zinszahlungen aus der Verschuldung der öffentlichen Haus-  
297 halte für Beschäftigungsprogramme, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern,  
298 und zur Verbesserung der sozialen Situation für die von Armut betroffenen Teile der  
299 Bevölkerung.
- 300 • Keine gesetzlichen Schuldenverbote, sog. „Schuldenbremsen“, weil sie als Vorwand  
301 für weiteren Sozialabbau und Privatisierung dienen.
- 302 • Die staatlichen Investitionen in Kindererziehung, Bildung, Gesundheit, Pflege, Kultur,  
303 Breitensport, nichtkommerzielle Freizeiteinrichtungen und soziokulturelle Stadtteil-  
304 zentren, in ökologische und soziale Stadt- und Regionalentwicklung müssen ausge-  
305 weitert werden.
- 306 • Die so erhöhte Binnennachfrage kann zur Steigerung von Einfuhren und zum Abbau  
307 der extremen Exportorientierung der in Deutschland produzierenden Unternehmen  
308 beitragen, weil einerseits mit dem Argument der internationalen Konkurrenz- und Ex-  
309 portfähigkeit die Löhne immer weiter gesenkt und die Arbeitsbedingungen immer  
310 weiter verschlechtert werden, und andererseits in den Importländern Handelsdefizite  
311 verursacht werden, die in diesen Ländern zu Lohn- und Sozialabbau sowie zu zerrüt-  
312 teten Staatsfinanzen führen.
- 313 • Der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen muss entsprechend ihrer Be-  
314 deutung für die Reproduktion der Bevölkerung erhöht werden.

315

316 ***Für Demokratie und Menschenrechte,***  
317 ***gegen Diskriminierung!***

- 318 • Dazu gehört, die Rechte der Frauen zu stärken, insbesondere ihre Chancengleich-  
319 heit in Bildung und Beruf zu gewährleisten. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Berufl-  
320 iche Prekarisierung, unter Frauen besonders stark verbreitet, muss verschwinden,  
321 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die Durchsetzung eines  
322 existenzsichernden Mindestlohns von mindestens 10 Euro und die drastische Ver-  
323 kürzung der Arbeitszeit sind durchzusetzen.
- 324 • Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer, in Ost und West; die  
325 Diskriminierung der Menschen in Ostdeutschland bei Arbeitszeiten, Löhnen und Ge-  
326 hälttern, bei Renten und Anrechnungszeiten muss endlich beseitigt werden. Die bis-  
327 herige Praxis hat in vielen Regionen Ostdeutschlands zu einer zunehmenden Ver-  
328 armung vieler Menschen geführt. Wir fordern in diesem Zusammenhang auch:  
329 Schluss mit dem anhaltenden Rentenstrafrecht in Ostdeutschland.
- 330 • Die gesellschaftlichen Möglichkeiten für die junge Generation sind so zu gestalten,  
331 dass Hoffnungen und Wünsche, Leistung und Neigung Maßstab für Lebenswege  
332 werden. Dazu gehört: Bildung und Ausbildung sind Menschenrechte. Bildung muss

333 befreit werden von jedweder Form von Gebühren. Bildung und Ausbildung dürfen  
334 nicht den Profitinteressen des Kapitals unterworfen werden.

- 335 • Die Bundesrepublik ist als Einwanderungsland zu akzeptieren. Das Asylrecht ist wie-  
336 derherzustellen. Es müssen gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben, gelten.  
337 Durch Förderprogramme muss allen Menschen möglich werden, die deutsche Spra-  
338 che zu erlernen. Jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Neofaschismus  
339 muss wirkungsvoll bekämpft werden.

340 Zur Verteidigung der Demokratie gehört:

- 341 • Die Schily- und Schäuble-Gesetze und andere so genannte Sicherheitsgesetze sind  
342 mit sofortiger Wirkung zurückzuziehen. Verteidigung demokratischer Grundrechte  
343 bedeutet auch endlich entsprechend Artikel 139 des Grundgesetzes, das Verbot der  
344 NPD und die anderen faschistischen Parteien und Organisationen durchzusetzen  
345 und diese aufzulösen. Ein Politikwechsel erfordert die sofortige Beendigung der  
346 Kriegspolitik und die Durchsetzung einer Politik des Friedens und der Abrüstung.

347

### 348 ***Klimawandel und ökologische Zerstörung bekämpfen!***

349 Statt Profitmaximierung gilt auch hier: Der Erhalt und Schutz unserer natürlichen Le-  
350 bengrundlagen, die Interessen der Mehrheit der Menschen müssen die Politik bestim-  
351 men.

- 352 • Umstellung des Systems der Energieversorgung auf klima- und umweltschonende  
353 Ressourcen! Der Energieverbrauch und Schadstoffemissionen sind in allen Berei-  
354 chen zu senken.
- 355 • Das fossile Energieregime ist schnellstmöglich abzubauen. Deshalb kein weiterer  
356 Ausbau der Kohlekraftwerke. Stopp aller Planungen der unterirdischen Lagerung  
357 von CO<sub>2</sub>-Rückständen. Die von der UNO geforderten Mindestziele zur Senkung der  
358 CO<sub>2</sub>-Emissionen sind nicht nur einzuhalten sondern zu übertreffen. Dazu muss die  
359 Bundesrepublik im Rahmen der EU und auch international im Rahmen der UNO Ini-  
360 tiativen ergreifen und voranschreiten. Ärmere Staaten müssen energisch und um-  
361 fassend beim Umbau ihrer Energiestrukturen und bei der Entwicklung eigener natio-  
362 naler Klimaschutzprogramme unterstützt werden.
- 363 • Ausstieg aus der Atomenergie! Keine Verlängerung der Laufzeiten bestehender  
364 Kernkraftwerke. Stopp aller weiteren Maßnahmen zur Durchsetzung atomarer „End-  
365 lager“ gegen den erklärten Willen der betroffenen Bürger. Schluss mit Atommüll-  
366 transporten zum Zweck der atomaren Wiederaufbereitung. Schluss mit der militä-  
367 risch nutzbaren Plutonium-Produktion!
- 368 • Förderung von Energieeinsparungen, konsequente Fortsetzung und Ausweitung  
369 staatlich geförderter Programme auf dem Gebiet der Gebäudesanierung, verstärkte  
370 staatliche Förderung vielfältiger regenerativer Energieerzeugung: u. a. der Solar-  
371 und Windenergie, der Erdwärme. Damit könnten gleichzeitig umweltverträglichere  
372 Arbeitsplätze geschaffen werden und könnte die Massenkaukraft gestärkt werden.
- 373 • Der Handel mit Emissionsrechten nach kapitalistischen Marktmechanismen ist zu  
374 beenden!

375 Um all dies zu erreichen müssen die Energie-Konzerne in öffentliches Eigentum unter  
376 demokratischer Kontrolle überführt werden.

377 • Öffentliche Verkehrsmittel müssen ausgebaut und ökologisch verträglich gestaltet  
378 werden. Die staatlichen Investitions- und Förderprogramme zur Entwicklung neuer  
379 Mobilitätskonzepte müssen verstärkt werden.

380 • Die von der NATO geplante Militarisierung der Klimapolitik unter dem Vorwand eines  
381 „erweiterten Sicherheitsbegriffs“ ist zurückzuweisen.

382

### 383 **Die Verursacher der Krise sollen zahlen!**

384 • Erste Schritte zur Finanzierung wichtiger Forderungen sind:

385 • Sofortige Kürzung des Rüstungshaushalts um zunächst mindestens 10 % jährlich.

386 • Verzicht auf alle Rüstungsprojekte – Kein weiterer Umbau der Bundeswehr zu einer  
387 international interventionsfähigen Armee.

388 • Sofortige Millionärsteuer für die 800 000 Millionäre und Wiedereinführung der Ver-  
389 mögenssteuer.

390 • Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes für die oberen Einkommensklassen und  
391 großen Unternehmer auf den früheren Stand.

392 • Umgestaltung der Steuerprogression durch Anhebung der Freibeträge und niedrigen  
393 Steuersätze für die unteren Einkommensgruppen bei Erhöhung der Tarife für die  
394 Großverdiener.

395 • Einführung einer „Wertschöpfungs- bzw. Produktivitätsabgabe“ der Unternehmen  
396 und Heranziehen der Vermögenseinkommen zur Ergänzung des Beitragsaufkom-  
397 mens der Sozialversicherung durch eine steuerfinanzierte Komponente. Abschaffung  
398 von Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen.

399 • Wiedereinführung der umlagefinanzierten solidarischen Rentenversicherung ohne  
400 Zwang zu privaten Zusatzversicherungen (Abschaffung des Riestergesetzes).

401 • Kein Einstieg in die Privatisierung der solidarisch finanzierten gesetzlichen Kranken-  
402 versicherung.

403 • Einführung einer Ausbildungsabgabe für alle Unternehmen mit mehr als 10 Beschäf-  
404 tigten, die keine Ausbildungsplätze anbieten. Gesetzliche Ausbildungsverpflichtung  
405 für Großbetriebe mit einer Mindestquote von 10 Prozent der Gesamtzahl der Beleg-  
406 schaft.

407 • Gesicherte Übernahme in ein reguläres unbefristetes Arbeitsverhältnis nach dem  
408 Berufsabschluss. Die Ausbildungsvergütung muss den Jugendlichen ein eigenständiges  
409 und unabhängiges Leben ermöglichen.

410 • Statt der derzeitigen „Öko-Steuer“ ist ein völlig anders gestaltetes echtes Öko-  
411 Steuersystem einzuführen, das die Großverbraucher von Strom, Öl und Benzin und  
412 anderen umweltbelastenden Stoffen trifft, und zweckgebunden zur Finanzierung von  
413 öffentlichem bezahlbarem Personenverkehr und regenerativen Energiequellen ge-  
414 nutzt werden soll.

415 ***Militarisierung und Kriegspolitik beenden!***

- 416 • Sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus allen internationalen Konfliktgebieten. Bun-  
417 deswehr raus aus Afghanistan!
- 418 • Die Verteidigungspolitischen Richtlinien sowie die entsprechende NATO-Politik müs-  
419 sen aufgehoben werden.
- 420 • Raus aus der NATO, weg mit den Atomwaffen!

421

422



423 Wir leben in einer Zeit möglicher Übergänge. Vieles, was über Jahrzehnte festgefahren  
424 schien, bricht auf. Manche politischen Neuformierungen, außerparlamentarisch und par-  
425 lamentarisch, finden statt.

426 Längst ist nicht erkennbar, welche Kräfte sich letztendlich durchsetzen, jene, die eine  
427 Erneuerung des neoliberalen Modells mit deutlich reaktionärerem Zügen durchsetzen  
428 wollen, oder jene, die für progressive politische Veränderungen stehen.

429 Alle politisch agierenden Kräfte müssen die Bedingungen von jähren Wendungen und  
430 Veränderungen beachten. Der politische Praxistest entscheidet, ob Konzepte, Forde-  
431 rungen, Zukunftsüberlegungen tauglich sind, oder zumindest zeitweilig verworfen wer-  
432 den müssen.

433 Auch mit dem Forderungsprogramm stellen wir uns diesen Herausforderungen. Wir wol-  
434 len uns dabei die Fähigkeit bewahren zur kritischen Überprüfung der Erfahrungen, auch  
435 – wenn notwendig – verändern und den konstruktiven, offenen demokratischen Mei-  
436 nungsaustausch fördern. Aktuell ist es unser Ziel, einen Politikwechsel in der nächsten  
437 Zeit zu ermöglichen, auch als Voraussetzung zur Durchsetzung von gesellschaftlichen  
438 Alternativen und Perspektiven. Die vor 100 Jahren von Rosa Luxemburg formulierte his-  
439 torische Alternative „Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“ hat heute wieder un-  
440 geahnte Brisanz gewonnen.

441 Wir wollen unseren Beitrag leisten zur einzig möglichen und nötigen Antwort: Der Weg  
442 zu einer sozialistischen Zukunft muss geöffnet werden!

443 Stand: Montag, 29. März 2010